

Sorgen wegen mangelhafter Messstation

Schadstoffe Eltern der Grundschule und Anwohner machen sich Gedanken, weil die von der Gemeinde Grünheide installierte Luftgütek Kontrollanlage nicht alle Giftstoffe erfasst, die gefordert wurden. Haben sie Antworten von der Verwaltung bekommen? *Von Janine Richter*

Die von der Gemeinde Grünheide installierte Luftgütemessstation an der Grundschule auf dem Löcknitzcampus sorgt nun auch bei besorgten Eltern der Grundschule und Anwohnern nahe des Geländes der Tesla Gigafactory für Verärgerung.

Bei der Gemeindevertreter-sitzung ging es deshalb und aufgrund der hohen Temperaturen in der ersten halben Stunde hitzig zu. Bürgermeister Arne Christiani blieb dabei kühl und abge-

„Familienvater hat Angst vor Vergiftung seiner Kinder.“

klärt – und den Gemeindevertretern des Bürgerbündnisses und Einwohnern viele Antworten schuldig. Er wolle sich erst auf der nächsten Gemeindevertreter-sitzung am 9. September dazu äußern, welche Schadstoffe, die neu angeschaffte Luftgütemessstation genau misst, wie die Anlage aus-gesucht und warum sie derart finanziert wurde. Erst dann würden alle Daten und alle Gesprächsergebnisse vorliegen.

Diese Vertröstung echaufferte nicht nur das Bürgerbündnis, dessen Mitglieder mehrfach versuchten, Bürgermeister Christiani In-

formationen zu entlocken, sondern auch viele Anwohner, die sich in der Fragerunde zu Wort meldeten.

Jens Mingram hat zwei Kinder an der Gerhart-Hauptmann-Grundschule in Grünheide und ist besorgt um deren Gesundheit. Er habe schon einmal in Freiberg, Sachsen, neben einer Mikroelektronik- und Chemie-Anlage gewohnt, wo es dann hieß, dass man besser kein Gemüse mehr aus dem Garten essen solle. „Ich habe auch einen behinderten Sohn und niemand weiß, wo das herkommt. Ich will genau wissen, was hier passiert“, sagte er. Besondere Sorge mache ihm die geplante Batteriefabrik und das verwendete Lithium. Laut neuen Antragsunterlagen will Tesla 500 Millionen Batterien pro Jahr in Grünheide produzieren. Auch andere Emissionen wie Schwermetalle, darunter Chrom(VI)-oxid-Verbindungen, Nickeloxide und Bleiverbindungen, die nach Recherchen des Geologen aus der Gießerei von Tesla nach außen dringen könnten, fürchtet er.

Die Grünheiderin Nicola Riesberg wohnt nur 1,2 Kilometer von der Tesla-Fabrik entfernt und hat sich eingehend mit den Tesla-Unterlagen beschäftigt. Sie wandte sich an diesem Abend mit scharfen Worten an den Bürgermeister und die Gemeindevertreter. „Ich



Hoch umstritten: die installierte Luftgütemessstation. Sie erfasst nicht alle geforderten Parameter.

finde es im höchsten Maße verwerflich, dass ein Beschluss vom Bürgermeister eigenmächtig übergangen wird. Er sollte gar keine Anlagen testen, sondern sich an den Beschluss halten und erst einmal alles der Gemeindevertretung vorlegen, bevor gekauft wird“, sagte sie.

Zur Erinnerung: Tatsächlich sieht der einstimmig gefasste Beschluss der Grünheider Gemein-



deverteiler vom Dezember 2020 vor, dass vor der Aufnahme des Tesla-Probebetriebes eine Luftgütemessstation errichtet werden soll. Sie sei „zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen“ aus der Produktion oder bei Fehlhandlungen und Störfällen erforderlich. Welche Parameter gemessen werden sollen, präzisieren zwei angehängte Tabellen.

Wie Recherchen dieser Zei-

tung ergaben, kann die von der Gemeinde Grünheide vorgestellte, geleaste Anlage nur fünf der zehn geforderten Daten erheben – die besonders gesundheitsschädigenden Parameter erfasst sie dabei nicht.

Weiter heißt es im Beschluss, dass der Bürgermeister damit beauftragt wird, „Finanzierungsmöglichkeiten für Errichtung und Betrieb (der Anlage) nach dem Verursacherprinzip mit den Behörden und dem Investor zu verhandeln und das Ergebnis der Gemeindevertretung zur Billigung vorzulegen.“ Beides sei nach Meinung des Bürgerbündnisses nicht passiert.

Christiani entgegnete unterdessen, dass die Anlage nur getestet und dann mit dem Landesumweltamt abgestimmt werde, ob sie den Ansprüchen genüge.

Im Verständnis von Nicola Riesberg heißt das übersetzt, dass der Bürgermeister auf Gemeinde-statt auf Teslakosten ein Gerät gekauft habe. „Er verkauft die Leute für blöd“, wirft sie vor. Es sei sein Job als oberster Verwaltungsbeamter, die Kinder und Bürger der Gemeinde zu schützen und keine Gelder zu veruntreuen. Sie verlangte am Mikrophon von den Gemeindevertretern Christiani dafür in die Pflicht zu nehmen.

Warum die Gemeindevertreter sich nicht zu Schritten gegenüber

Bürgermeister Christiani veranlasst sehen, erläuterte Anna Homeyer-Angerstein (CDU) mit Verweis auf die weiteren Ausführungen im September. „Erst wenn wir dann feststellen, dass es nicht so ist, wie es im Beschluss gefasst wurde, dass eben nicht gemessen werden kann, was gemessen werden soll, werden wir uns Gedanken zu Konsequenzen machen.“ Zudem könne der Bürgermeister über 5000 Euro für Verwaltungshandeln eigenmächtig verfügen. Die angeschaffte Messstation für 2.665,60 Euro im Jahr liege unterhalb dieses Wertes.

Weitere Anlage nötig?

Bürgermeister Christiani verwies zwar immer wieder auf den September, deutete jedoch an, dass die geleaste Messstation nicht die einzige bleiben werde und gab auf Nachfrage von Ulrich Kohlmann (Bürgerbündnis) in einem Wortgefecht zu: „Die Messstation kann ein Großteil dieser Ergebnisse an dem Campusstandort abbilden, aber nicht das, was von dem Werk bei ungünstigen Windverhältnissen kommt.“

Das Bürgerbündnis bleibt indes bei dem Vorwurf der versuchten „Augenwischerei, den Beschluss durch Anschaffung irgendeiner Station als erledigt zu melden“ und will dem weiter nachgehen.